

Razaleigh trifft Mahathir - Bald Neuwahlen?

Zu einem 45-Minuten Gespräch über die Einheit der Malaya traf sich der Premierminister Mahathir Mohamad und Tengku Razaleigh Hamzah am 12.12.89. Dies war das erste Gespräch der beiden rivalisierenden Politiker seit der Auflösung ihrer seinerzeit gemeinsamen Partei UMNO (United Malayan National Organisation) im Februar 1988. Beide Politiker hatten danach mit ihren Anhängern in Abgrenzung von einander jeweils ihre eigenen Parteien gegründet (vgl. SOAL 1+2/88), die nun um Unterstützung unter den ehemaligen Anhängern der alten UMNO konkurrieren. Dabei gibt Mahathirs Partei - die UMNO-Baru (neue) - vor, etwa eine Millionen Mitglieder aus der alten Partei für sich gewonnen zu haben, während in Razaleighs *Semangat '46* sich angeblich 300.000 wieder zusammengefunden haben.

Nach anfänglicher absoluter Ausgrenzung der Führer von *Semangat '46* durch Mahathir und Diffamierungskampagnen gegen die Kritiker seiner Poli-

itik und seines Führungsstiles - darunter die beiden ehemaligen Premierminister Tunku Abdul Rahman und Tun Hussein Onn - zeigte sich Mahathir seit Herbst letzten Jahres wieder versöhnlich im Bestreben nach Einheit der Malaya. So hatte er bereits im November 1989 ein Gespräch mit dem Tunku geführt, ihn und Hussein Onn kurz darauf zum ersten ordentlichen Parteikongreß der UMNO Baru eingeladen und auf eben diesem Kongreß Razaleigh und seinen Anhängern eine bedingungslose Aufnahme in die UMNO Baru angeboten. Das Gespräch war bereits vor dem Kongreß vereinbart. Dieser beschloß, daß nur der Parteikongreß über die Annahme möglicher Bedingungen entscheiden dürfte, die Razaleigh im Hinblick auf einen Zusammenschluß beider Parteien stellen könnte.

So gab es bei dem Meinungsaustausch beider Politiker außer der allgemeinen Absichtserklärung, an einer Einheit der Malaya interessiert zu sein, keinerlei konkre-

te Ergebnisse. Beobachter werten jedoch den Schritt Mahathirs auf Razaleigh zu als öffentlichkeitswirksamen Zug in seinem Bestreben um die Einheit der Malaya, die schließlich das Wählerpotential darstellen, das seit Frühjahr 1988 gespalten ist.

Bereits seit Herbst letzten Jahres wird immer wieder über einen möglichen vorgeschobenen Termin für Parlamentsneuwahlen spekuliert, die turnusgemäß erst im Oktober 1991 stattfinden würden. Der Premierminister kann relativ kurzfristig einen Termin für Neuwahlen ansetzen. Eine Reihe von Hinweisen von Mahathir und anderen Politikern der UMNO Baru auf Parlamentswahlen gaben und geben solchen Spekulationen immer wieder neue Nahrung. Nach dem augenblicklichen Stand stünden der alten Regierungskoalition aus Parteien der verschiedenen ethnischen Bevölkerungsgruppen, sowie Regionalparteien unter Führung der UMNO Baru erstmals ein starker Oppositionsblock, bestehend aus *Semangat '46*, der Democratic Action Party (DAP) und der Party

Islam (PAS), gegenüber, der bereits Formen von Zusammenarbeit entwickelt hat. Neu hinzukommen könnte eine Abspaltung aus der Partei der indischstämmigen Bevölkerung in der Regierungskoalition, dem Malaysian Indian Congress (MIC), die sich mit dem Namen "All Malaysia Indian Progressive Front" als Partei konstituiert hat. Wie ein Kommentator der Reformbewegung ALIRAN betont, verstehen sich jedoch die meisten Parteien in erster Linie nach wie vor als Interessenvertreterin bestimmter ethnischer Bevölkerungsgruppen. Es werde daher die Aufgabe der Nicht-Regierungsorganisationen sein, bei Neuwahlen mit Forderungen und Fragen, die über die ethnischen Interessen hinausgehen, wie z.B. die der Menschenrechte, der Rechtsprechung, der Korruption usw., an alle Parteien heranzutreten und sie danach zu beurteilen.

vgl. FEER 30.11.89, S.10, 28. 12. 89S.18; MB 1.12.89 S.13f, 16.1.90 S.9ff; AW 9.2.90S.24f; ALIR Vol.10 No.1 1990, S. 40ff

Beschwerde beim Wahlausschuß

Die kleine Oppositionspartei Partai Sosialis Rakyat Malaysia (PSRM) richtete sich am 26.10.89 mit einer Denkschrift an den Wahlausschuß. Darin beanstandete sie bisher im Wahlkampf übliche Verfahrensweisen, die den Parteien der Regierungskoalitionen erhebliche Vorteile verschafften. Im einzelnen zählt die Denkschrift auf, daß

- der Regierungsapparat (z.B. technisches Gerät) zu Zwecken des Wahlkampfes von den sie tragenden Parteien gebraucht würde;
- den Wählern Finanzierungsversprechungen für örtliche Einrichtungen gemacht werden;
- regierungsamtliche Veranstaltungen zu Wahlpropaganda-Zwecke benutzt werden;
- nicht alle Parteien einen gleichberechtigten Zugang zu den von der Regierung kontrollierten Massenmedien einschließlich Rundfunk und Fernsehen haben;

- die Stimmen der Briefwähler nicht von Oppositionsparteien kontrolliert werden können;

- die für Wahlen zuständigen Verwaltungsbeamte Mitglieder der Regierungspartei sind.

.. In der Denkschrift macht die PSRM Vorschläge, wie diese Vorgänge durch einen genaueren Verfahrenskatalog verhindert werden könnten.

vgl. ALIR Vol.9 No.12, S.29f

KP Malayas unterzeichnet Friedensvertrag

Am 2.12.89 unterzeichneten der legendäre Generalsekretär, Chin Peng, der Vorsitzende, Abdullah Che Dat, und das Vorstandsmitglied Rashid Mydin, der Kommunistischen Partei Malayas (KPM) jeweils einen Friedensvertrag mit der malaysischen Regierung und das für die 4. Region zuständige thailändische Kommando für Operationen der Inneren Sicherheit (ISOC) im südthailändischen Haadyai. Auf einer vorangegangenen Pressekonzferenz stellten sich der

inzwischen 67jährige Chin Peng und der 73jährige Rashid Mydin zum ersten Mal seit 1955 den über 300 Journalisten. Der genaue Text der Vereinbarung wurde nicht bekannt gegeben.

Ein gemeinsames Kommuniqué umreißt die Grundzüge der Vereinbarung: Die KPM wird sämtliche bewaffneten Aktivitäten einstellen und innerhalb von 75 Tagen nach dem Friedensvertrag ihre Waffen in Anwesenheit von Vertretern der thailändischen und malaysischen Regierung vernichten. Ihre Mitglieder verpflichten sich, die Gesetze Thailands und Malaysias anzuerkennen. Die Partei als solche ist damit nicht aufgelöst. Damit ist nach 41 Jahren offiziell einer der langwierigsten Guerilla-Kriege beendet worden, der faktisch allerdings schon seit Anfang der 80er Jahre nur noch von geringer Bedeutung war (vgl. SOAL 4/89 S.34).

Von den knapp 1.200 Mitgliedern, die von verschiedenen Lagern aus im dichten

Dschungelgebiet auf thailändischer Seite im Grenzgebiet zu Malaysia operierten, sind 670 thailändischer Abstammung, 494 angeblich aus Malaysia, 21 aus Singapur und einer aus Indonesien. 402 Malaysier sind ethnisch chinesischer Abstammung, die übrigen 77 Malaya.

Nach Angaben militärischer Kreise will Thailand den Thais Land zum ansiedeln in 4 Dörfern des Grenzgebietes zur Verfügung stellen und sie in den ersten 3 Jahren finanziell unterstützen, um damit eine schnelle Reintegration in die thailändische Gesellschaft zu ermöglichen. Die Malaysier können nach 6 Monaten in ihr Land zurückkehren und sich dort auch wieder am politischen Leben beteiligen, allerdings nicht als KPM, die nach wie vor verboten ist. Einzelheiten über mögliche Integrationsprogramme und Hilfen von Seiten der Regierung in Malaysia wurden nicht bekannt.

Singapur war nicht an den Verhandlungen beteiligt, ob-

gleich es zum politischen Aktionsfeld der KPM gehörte, die die malayische Halbinsel immer als politische Einheit betrachtete. Mit der Vereinbarung erkennt die KPM die Eigenstaatlichkeit Singapurs an. Unklar bleibt, was mit den Singapureanern passiert. Falls ihre Repatriierung nach Singapur nicht möglich sein sollte, können sie nach Angaben thailändischer Militärkreise in Thailand bleiben.

Der erste Premierminister des unabhängigen Malaysia -

damals noch Malaya - Tunku Abdul Rahman warnte vor der KPM. Er glaube nicht daran, daß die Mitglieder der KPM aufhören würden, für das Ziel der Übernahme Südostasiens durch die Kommunisten zu kämpfen. Während seiner friedlichen Bemühungen um Unabhängigkeit von den Briten und seiner Amtszeit war der Höhepunkt der bewaffneten Auseinandersetzung.

Die oppositionelle Democratic Action Party (DAP) wie auch eine Reihe von Nicht-

Regierungsorganisationen, darunter auch die Reformbewegung ALIRAN, forderten die Abschaffung undemokratischer Gesetze, insbesondere das Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA), deren weitreichende Befugnisse und Einschränkungen demokratischer Grundrechte mit der anhaltenden Bedrohung durch den bewaffneten Kampf der KPM begründet worden waren. Bereits vor der Unterzeichnung der Vereinbarung hatte der stellvertretende Mini-

sterpräsident Ghafar Baba angekündigt, daß das ISA bei Aufgabe des bewaffneten Kampfes durch die KPM überprüft werden müßte. Allerdings sei das ISA auch ein Instrument zur Verhinderung von Rassenunruhen und hätte deshalb auch noch seine Berechtigung, so lange es Rassenkonflikte im Land gäbe. vgl. FEER 14.12.89 S.36f; AW 15.12.89 S.58f, 9.2.90 S.34ff (Bildreportage); ST/Wochenausgabe 2.12.89; Rocket Vol.23 Issue 1, S.19; ALIR Vol.9 No.12 1989 S.40f;



Großstadtschungel von Kuala Lumpur- neues Betätigungsfeld der kommunistischen Partei? Foto R.Dusik

NKCP bietet Friedensverhandlungen an

Der sich im chinesischen Exil befindliche Führer der Kommunistischen Partei Nord Kalimantan (NKCP), Wen Min Chuan, hat nach der Friedensvereinbarung der KPM einen Gesandten nach Thailand geschickt, um die Bereitschaft seiner Partei zu entsprechenden Verhandlungen über die Beendigung des seit 30 Jahren auf Sarawak geführten Guerillakrieges malaysischen Regierungsvertretern mitzuteilen. Noch 42 Mitglieder sollen in der militärischen Sicherheitszone, die die Bezirke Rajang, Sibul, Kapit und Sarikei umfassen, operieren. vgl. FEER 21.12.89 S.19

Blockierer aus Haft entlassen

Alle 117 im September/Okttober 1989 wegen Errichtung von Blockaden verhafteten Personen (vgl. SOAI 4/89 S.35) wurden nach knapp einem Monat aus dem Gefängnis von Marudi/Sarawak freigelassen. Angehörige der Dayak-Völker Sarawaks hatten am 10.9.89 damit begonnen, an zahlreichen Stellen im Limbang, Baram und Belaga Gebiet Zugangsstraßen zum Urwald zu blockieren, um damit den Holzeinschlag zu verhindern. Sie fühlen sich durch die Abholzungen unmittelbar in ihrer Existenz bedroht, da der tropische Regenwald ihre Lebensgrundlage darstellt. Der Grund für die Freilassung wird in dem Besuch einer Delegation der ITTO (International Timber Trade Organisation) gesehen, der Ende November stattfand. vgl. Panchar Penemu Jan.1990 S.2

Kurzmeldungen

- Der **zweitgrößte Marinestützpunkt Malaysias** soll in der Nähe von Kota Kinabalu in **Sabah** (Ost-Malaysia) auf einer Fläche von 142 ha gebaut werden und 2500 Truppen umfassen. Er soll als Hauptstützpunkt der malaysischen Marine im Südchinesischen Meer dienen. (SOAA Jan. 1990 S.16)

- Zehn **Piloten der birmanischen Luftwaffe** sind zum Flugtraining für den C130 Transporter **bei der malaysischen Luftwaffe** zu Gast. Bisher hat Birma keine C130 Maschinen, die in den USA hergestellt werden, aber von dort nicht verkauft werden dürfen. Möglicherweise wird Malaysia, Singapur oder andere Staaten die Flugzeuge liefern. Vermutlich geht diese Zusammenarbeit auf den Besuch des malaysischen Luftwaffen-Generalstabschefs am 7.12.89 in Birma zurück. (FEER 15.2.90 S.7)

- Der **stellvertretende laotische Ministerpräsident** besuchte vom 3.-8.12.89 **Malaysia**, um Gespräche über wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zu führen. Laos erhofft sich eine Intensivierung des Handels und malaysische Investitionen. 1988 war der stellvertretende Premierminister Ghafar Baba in Laos. (SOAA Jan. 1990, S.13f)

- Den **Bau eines Kaltwalzwerkes** mit einer maximalen Jahreskapazität von 820.000 Tonnen in Tanjung Langsat, in Johor, **prüft ein süd-koreanisches Stahl-Unternehmen**. Knapp 1 Mrd. US\$ wird der Bau kosten. Ein taiwanesisches/malaysisches Konsortium plant den Bau einer Stahlhütte am gleichen Ort zum Preis von über 3 Mrd. US\$. Beide Unternehmen könnten Malaysias Importabhängigkeit bei Stahlblechen erheblich reduzieren. Für 1990 wird mit einem Import von 376.000 Tonnen gerechnet. (vgl. FEER 25.1.90 S.65)

94 Tote 1989 beim Holzfällen in Sarawak

Mit 94 Toten im Jahr 1989 ist bisher die höchste Anzahl zu Tode verunglückter Arbeiter beim Holzfällen erreicht worden. Seit 1973 hatte es laut Statistik der Sarawak Timber Industry Development Corpo-

ration 975 Todesopfer und ca. 20.000 Verletzte bei Arbeitsunfällen gegeben. Holzarbeiter behaupten, daß die Zahlen viel höher seien und daß viele Unfälle auf fehlende Sicherheitsvorkehrungen zurückzuführen seien, auf die die Holzunternehmen in ihrem Streben, die Profite zu maxi-

mieren, keinen besonderen Wert legten. Insgesamt gibt es 57.000 Holzarbeiter in Sarawak, davon sind 46.000 unmittelbar mit dem Holzfällen beschäftigt.

vgl. Panchar Penemu Jan.1990 S.8f



Foto: Inside Asia, No. 6, 85, S. 18

Streik der Plantagenarbeiter

Vom 30.1. bis 22.2.90 streikten 65.000 Beschäftigte von Kautschukplantagen und Palm-Öl-Mühlen. Etwa 800 bis 1.000 Plantagen waren von diesem Streik betroffen. Die Nationale Gewerkschaft für Plantagenarbeiter (NUPW) hatte zum Streik aufgerufen, nachdem Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation um ihre seit 10 Jahren vorgebrachte Forderung nach Zahlung von Monatslöhnen anstelle von Tageslöhnen keinerlei Erfolg erzielt hatten. Die NUPW mußte den Streik am 2.2.90 abbrechen, da der Arbeitsminister Lee Kim Sai den Streik als Beeinträchtigung der nationalen Wirtschaft bezeichnet hatte. Das bedeutet, daß ein Arbeitsgericht sich der Tarifaueinsetzung annehmen muß und jede Fortsetzung des Streiks dann automatisch illegal ist.

Zur Zeit verdienen Gummizapfer einen Tages-Grundlohn von M\$ 7,90 für eine Mindest-

quote von 10 kg Latex und M\$ 0,27 für jedes zusätzliche Kilo, was bei 24 Arbeitstagen im Monat einem Einkommen von M\$ 189,60 entspräche. Nicht bezahlt werden die Tage, an denen wegen Krankheit, schlechten Wetters oder an Feiertagen nicht gearbeitet wird. Auch gibt es keinerlei Altersversorgung. Die Arbeitgeber boten eine Erhöhung des Tagesgrundlohns auf M\$ 8,10 für 11 Kg Latex und höhere Anreize für jedes weitere Kilo. Die NUPW fordert grundsätzlich eine Abschaffung des Tagelohnsystems und die Zahlung eines Monatslohnes von M\$ 350 mit einer Mindestquote von insgesamt 235 kg Latex, was bei 24 Tagen einer durchschnittlichen Tagesquote von knapp 10 kg entsprechen würde. Außerdem will sie eine Gewinnbeteiligung bei hohen Marktpreisen und fordert die Einhaltung der Bestimmung des Arbeitsgesetzes, wonach die Arbeitgeber ihre Arbeiter mindestens 24 Tage im Monat beschäftigen und entsprechend bezahlen müssen,

selbst wenn sie nicht gearbeitet haben.

Malaysia ist weltweit der größte Gummi-Exporteur mit 1,5 Mio. Tonnen im Wert von M\$ 4,16 Mrd. 1989 vor Indonesien und Thailand. In den letzten beiden Jahren wurde besonders viel Gummi produziert, was dazu führte, daß der hohe Preis pro Kilo im Sommer 1988 von M\$ 3,80 auf 2,25 Ende 1989 fiel.

Durchschnittlich betrug der Kilo-Preis 1988 M\$ 3,10 und 1989 M\$ 2,62. Für 1990 rechnet die malaysische Regierung durchschnittlich mit M\$ 2,50 bei einem Rückgang des Überangebotes von Gummi auf dem Weltmarkt.

Die Kautschuk-Plantagenarbeiter gehören zu den am niedrigsten bezahlten und am schlechtesten versorgten Lohnabhängigen in Malaysia. Aus einer Studie des Arbeitsministeriums von 1989 geht hervor, daß lediglich nur noch 12% aller Plantagen auf der Halbinsel Malaya Wohnungen für die Arbeiter und ihre Familien stellen, von denen 21% unterhalb des normalen Standards ausgestattet sind. 50% hatten keine Elektrizität und kein fließendes Wasser. 1987 wurde festgestellt, daß 15.000 Haushalte auf Plantagen unter der Armutsgrenze leben. Den größten Anteil unter den Plantagenarbeitern machen die Inder mit 55% aus. 35% sind Malayen und 10% Chinesen. (vgl. FEER 15.2.90, S.24+81f)

Alirans Ziel: Einheit

Auf ihrer 13. Jahresvollversammlung am 17.12.89 hat die Reformbewegung *Aliran* für die 90er Jahre das Streben nach Einheit zum Hauptinhalt ihrer Arbeit bestimmt. In der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift wird das Ziel folgendermaßen beschrieben:

„Bis zum Jahre 2000 hofft *Aliran* eine ziemlich bedeutende Gruppe von Malaysiern aus allen Bevölkerungsteilen zu schaffen mit einer tiefen innerlichen und moralischen Verpflichtung, sich besonders für die Sache der Einheit innerhalb der malaysischen Familie einzusetzen und für die gesamte Menschheits-Familie im allgemeinen. Die Einheit soll auf unserer gemeinsamen Menschlichkeit beruhen, mit dem Glauben an Gott und gelenkt von universellen Werten wie Liebe und Mitleid, Gerechtigkeit und Freiheit,

Gleichheit und Würde, Integrität und Bescheidenheit, Frieden und Harmonie. Als Gruppe, die sich für die Einheit einsetzt, sollte sie aktiv und klar in ihren Aussagen sein, damit sie alle Formen von Polarisierung entgegenreten kann. Wir hoffen das diese insbesondere in unserem Land eine positive Auswirkung auf die ethnischen Beziehungen haben wird.“

Als Strategie werden 6 Punkte benannt: 1. Systematische Erziehung der Mitglieder *Alirans*; 2. Gründliche Diskussionen; 3. Dialoge zwischen Individuen und Gruppen zur Erweiterung des Bewußtseins über Menschlichkeit; 4. Herausgabe von Schriften und Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren für die malaysische Öffentlichkeit; 5. konkrete Projekte zur Anwendung des Bewußtseins von Einheit in Aktionsprogrammen; 6. regelmäßige Kontakte zu Gruppen in anderen Teilen der

Welt, die sich auch mit interreligiösen oder interkulturellen Fragen beschäftigen.

Erst im Oktober und November 1989 hatte *Aliran* zwei größere Veranstaltungen durchgeführt. Am 16. Oktober ging es bei einem von 700 Menschen besuchten öffentlichen Forum um den Zustand von Freiheit und Demokratie in Malaysia, der von 4 Rednern untersucht wurde. Vom 4.-5. November fand ein Seminar statt, das von etwa 200 Menschen besucht wurde und das Menschenbild, gesehen von den unterschiedlichen, in Malaysia vorhandenen geistigen Strömungen, zum Inhalt hatte. Es wurde von verschiedenen Rednern für den Islam, Buddhismus, das Christentum, den Hinduismus, die Religion der Sikhs und in der chinesischen Tradition dargestellt.

vgl. *ALIR Vol.9 No.11 S.4, No.12 S.34, Vol.10 No.1 S.5ff*

Aliran darf nicht in der Nationalsprache veröffentlichen

Der Reformbewegung *Aliran* wird es weiterhin nicht erlaubt sein, eine Zeitschrift in der Nationalsprache Malayias herauszugeben. Nachdem ein entsprechender Antrag der Nicht-Regierungsorganisation an den Innenminister aus dem Jahr 1986 Anfang 1987 abgelehnt wurde, entschied sie sich, die Entscheidung vor Gericht anzufechten. Im September 1987 befand das Gericht die Ablehnung des Innenministers als nicht gerechtfertigt (vgl. SOAI 4/87 S.32). Dieser legte Berufung vor dem Obersten Gericht gegen das Urteil ein. Am 4.1.90 verwarf es das Urteil und entschied zu Gunsten des Innenministers.

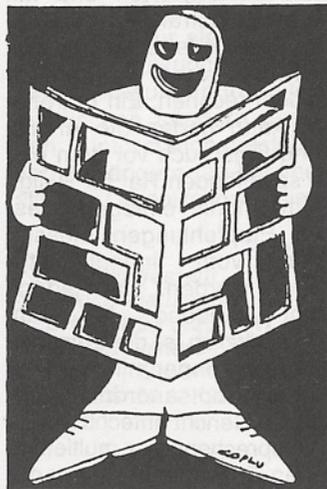
In der Begründung wird hervorgehoben, daß der Innenminister absolute Befugnisse hat, darüber zu entscheiden, ob eine Veröffentlichungserlaubnis erteilt wird oder nicht. Er braucht seine Entscheidung auch nicht weiter zu begründen. Ein Gericht könne die Entscheidung nur dann aufheben, wenn eindeutig nachgewiesen wird, daß der Innenminister seine Befugnisse unrechtmäßig, unfair, unlauter oder in böser Absicht ausgeübt hat.

In einer Stellungnahme betrachtet *Aliran* die Entscheidung des Innenministers als ungerechte Verweigerung des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung in einer Gesellschaft, welche vorgibt, eine parlamentarische Demokratie zu sein. Damit ist es ihr weiterhin nicht möglich, die Malaiisch sprechende Bevölkerung, die mehr als die Hälfte ausmacht, zu erreichen. Außerdem würde hieran wieder einmal deutlich, daß die Institutionen einer parlamentarischen Demokratie zur Einschränkung der Macht der Exekutive in Malaysia insbesondere in den letzten 2 Jahren es vorzögen, sich dieser Macht zu beugen. *Aliran* hatte bereits 1982 und 1984 vergeblich die gleichen Anträge gestellt, hatte seinerzeit jedoch die Ablehnungen nicht vor Gericht angefochten.

In Malaysia dürfen Zeitschriften oder andere Publikationen nur mit Genehmigung des Innenministers herausgegeben werden, die für ein Jahr erteilt wird. Drei Monate vor Ablauf der Genehmigung muß dann ein neuer Antrag gestellt werden. Solche Genehmigungen werden häufig offiziell erst

nach dem Ablauf der alten Genehmigung erteilt, sodaß Herausgeber regelmäßiger Publikationen dann nicht wissen, ob sie weiter publizieren dürfen. So ging es *Aliran* bisher fast jedes Jahr, wie auch Anfang dieses Jahres, wo zum Zeitpunkt der Herausgabe der ersten Ausgabe ihrer englischsprachigen Monatszeitschrift für 1990 der Redaktion die schriftliche Genehmigung noch nicht vorlag.

vgl. *ALIR Vol.10 No.1, S.19f; NST 5.1.90*



Brunei:

Sechs politische Gefangene freigelassen

Am 6.1.90 sind 6 seit Dezember 1962 in politischer Haft befindliche Gefangene freigelassen worden. Sie wurden seinerzeit wegen ihrer angeblichen Beteiligung an einer gescheiterten Rebellion gegen den damaligen Sultan Omar Ali Saifuddin verhaftet. Sie gehörten zu den weltweit am längsten aus politischen Gründen Inhaftierten. Die Freigelassenen sind inzwischen um die 50 und 60 Jahre alt und werden von der Regierung, einer absoluten Monarchie unter dem Sultan Hassanal Bolkiah, nicht mehr als Bedrohung angesehen.

Beobachter glauben nicht, daß in der Freilassung ein Schritt in Richtung politischer Liberalisierung des Landes zu sehen ist. Allerdings scheint es der Regierung um ihr Ansehen in der Weltöffentlichkeit zu gehen, wie westliche Diplomaten vermuten, denn die Regierung hat erstmalig schriftlich auf Untersuchungen der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom letzten Jahr reagiert. Ende Januar/Anfang Februar 1990 war Brunei auf der Tagesordnung des Treffens der Kommission in Genf.

Noch in politischer Haft befinden sich der Präsidenten der Brunei National Democratic Party (BNDP), Abdul Latif Hamid, und der Generalsekretär der Partei Abdul Latif Chuchu, seit dem Verbot der Partei im Januar 1988 (vgl. SOAI 1/88 S.41). Die BNDP wurde im Mai 1985, ein Jahr nach der Unabhängigkeit von den Briten, noch mit dem Segen des Sultans gegründet und gab an, 4000 Mitglieder zu haben. Die Gesamtbevölkerung Bruneis beträgt 230.000 Menschen.

vgl. *FEER 18.1.90 S.8f*